

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Montag den 15. Februar 1932 Nummer 38

## Am 13. März Reichspräsidentenwahl!

# KPD in Einheitsfront mit dem Stahlhelm!

Verhandlungen von Nazi, Stahlhelm und Kaffhäuserbund über gemeinsamen Kandidaten erfolglos / KPD verzichtet auf eigenen Kandidaten und ruft zur Stimmabgabe für Hindenburg auf. KPD-Arbeiter, entscheidet euch für Ernst Thälmann und damit für den proletarischen Klassenkampf / Schafft die rote Einheitsfront / Bildet überall rote Wahlhelferkolonnen

Der Reichsinnenminister hat den Reichstagspräsidenten erjucht, einen Beschluss des Reichstages über den Wahltag für die Reichspräsidentenwahl herbeizuführen. Als Wahltag hat er namens der Reichsregierung Sonntag, den 13. März, und für einen etwa erforderlich werdenden zweiten Wahlgang den 10. April vorgeschlagen. Die Gemeindevorstände sollen schon jetzt mit der Anlegung der Stimmlisten beginnen. Damit ist die offizielle Festlegung des Wahltermins erfolgt.

Im Zusammenhang mit der Festlegung dieses Termins fanden am Sonnabend während des ganzen Tages Verhandlungen zwischen den Nazis, dem Stahlhelm und dem Kaffhäuserbund statt. Am gestrigen Sonntag wurden der Stahlhelm und der Kaffhäuserbund Sitzungen ihrer Landesverbandsführer einberufen, die sich mit der Frage des Reichspräsidentenkandidaten beschäftigten. Die angestrebte Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten zwischen Nazi, Stahlhelm und Kaffhäuserbund ist nicht zustande gekommen, da besonders der Kaffhäuserbund, aber auch Teile des Stahlhelms für die Kandidatur Hindenburgs eintreten.

Die Sozialdemokratie veröffentlicht in der Sonntagsausgabe des Vorwärts unter der betrügerischen Überschrift gegen „Hitler und Kompanie“ einen Aufruf aus dem hervorgeht, daß sie auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und zur Stimmabgabe für Hindenburg auffordert wird.

Die Stellung der SPD war von Anfang an klar. Sie ist eine weitere Konsequenz der bisherigen Politik der SPD, ihres Zusammenstüßens und Verwachsens mit der Bourgeoisie. Die „Politik des kleineren Übels“, die die Unterjüngung der Brüningregierung und aller ihrer sozialistischen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse führte, kommt nun bei dem Eintreten der SPD für Hindenburg, den Reichstagspräsidentenkandidaten des deutschen Faschismus zum Ausdruck. Die SPD erweist sich auch hier als Hauptstütze und Stützmauer der Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur zur verschärften politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats. Darüber hinaus auch die betrügerische Parole der SPD gegen „Hitler und Kompanie“ nicht hinwegtäuschen. Gerade die Sozialdemokratie hat mit ihrer Politik in den vergangenen Jahren heute mit dazu beigetragen, den Nationalsozialismus in Deutschland hochzuschieben. Wir erinnern hier nur an das

Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes durch SPD-Minister, die Demonstrations- und Versammlungsverbote durch sozialdemokratische Regierungen und Polizeipräsidenten, usw. Diese Maßnahmen, die sich nur gegen die Arbeiterklasse richteten, in Verbindung mit der Unterstützung der Diktatur-Regierungen im Reich und in verschiedenen Ländern, wie der Schiedsgerichtung in Sachlen, haben zu dem Anwachsen der nationalsozialistischen Vätergriegsgarden geführt, die heute fast tagtäglich organisierte Überfälle auf Arbeiter durchführten.

Die Nationalsozialisten sind keine Bewegung für sich, sondern nur ein Mittel, ein Teil der Bourgeoisie, die bei der Durchführung aller ihrer faschistischen Diktaturmaßnahmen ebenso unterstützt wurde, als jetzt bei der Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl. So zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Front der Bourgeoisie von Hitler bis Weis, von den Nationalsozialisten bis zur SPD reicht.

Darüber können auch nicht die Versuche der SPD hinwegtäuschen, den Kommunisten die Schuld dafür anzuhängen, daß die SPD für Hindenburg eintreten muß. Das Eintreten der SPD für Hindenburg, das heißt für die Bourgeoisie, ist nicht nur eine Frage des Reichspräsidenten-Wahlkampfes, sondern es ist die Frage der Politik der SPD überhaupt. Der Politik, die zum Ziele hat, das kapitalistische System gegen alle Angriffe der Arbeiterklasse zu verteidigen und als „Best des Kapitalismus“ zu wirken.

Gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur der Bourgeoisie und gegen die Politik der SPD stellt die kommunistische Partei die Klassenpolitik des Proletariats, die Politik des unerschütterlichen Klassenkampfes, dessen Symbol bei den Reichspräsidentenwahlen die Kandidatur des Genossen Ernst Thälmann ist. Dafür gilt es sich zu entscheiden. Die Entscheidung für die Kandidatur des Genossen Ernst Thälmann, das ist die Entscheidung für den proletarischen Klassenkampf.

Für den Kampf gegen alle Angriffe des Unternehmertums auf die Lebenshaltung und Existenz der Arbeiterklasse, gegen den Streikbruch der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und alle nationalsozialistischen Angriffe und Überfälle auf Arbeiter.

Für den Kampf gegen die faschistischen Diktaturmaßnahmen,

die das Proletariat immer mehr in Hunger, Not und Elend herabdrücken.

Für den Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit!

Dafür gilt es, der Einheitsfront der Bourgeoisie, der Front für Hindenburg, die rote Einheitsfront der Arbeiterklasse in den

Betrieben, an den Stempelstellen in den Ortshöfen gegenüberzustellen.

Schmiedet überall die rote Einheitsfront des Proletariats unter der Führung für den proletarischen Klassenkandidaten Ernst Thälmann, zum Kampf für Arbeit und Brot, für ein freies sozialistisches Deutschland!

### Roter Helfer niedergestochen!

Neuer Überfall einer Nazimordkolonne

Unter Chemnitzer Freudenplatz, Der Kämpfer, teilt mit, daß in der Nacht zum Sonnabend eine Nazikolonnie einen feigen Überfall auf einzelne Arbeiter unternahm. Als sechs Teilnehmer einer Rote-Hilfe-Versammlung sich auf dem Heimweg befanden, kürzten circa 80 SA-Leute auf ein Kommando hin über die Arbeiter her. Der Arbeiter Hans Scheller aus Gablenz erlitt einen schweren Lungenstich. Das herbeigerufene Überfallkommando verfolgte nicht die flüchtenden Mordbanditen, sondern jagte nur für Abtransport des Schwerverwundeten nach dem Krankenhaus.

### Das antwortet ein Freitaler sozialdemokratischer Arbeiter!

# „Hindenburg kommt nicht in Frage, ich gehe mit der roten Einheitsfront!“

Empörungsturm in Freital gegen Klimpels Hindenburg-Aufruf

Am Freitag veröffentlichten wir den Aufruf des Hindenburg-Ausschusses von Freital, dessen erster Vorsitzender der sozialdemokratische Oberbürgermeister Klimpel ist, der neben einer Reihe anderer „prominenter“ Sozialdemokraten von Freital mit dem Großmeister des Jungdeutschen Ordens, Nazis und Deutschnationalen den Hindenburg-Aufruf unterzeichnete. Dieser Aufruf wurde dann in der sozialdemokratischen Freitaler Volkszeitung abgedruckt.

Unsere Veröffentlichungen, auf die die SPD-Zeitungen bis heute nicht geantwortet haben, haben eine ungeheure Empörung unter der Freitaler Arbeiterklasse und besonders unter den SPD-Arbeitern hervorgerufen. Wir erhalten dazu folgenden Bericht unleser Arbeiterkorrespondenten:

Viele sozialdemokratische Arbeiter weichen vorlegen den Fragen ihrer revolutionären Klassengenossen aus und schämen sich, daß sie noch Mitglieder einer solchen Partei sind. Andere sozialdemokratische Arbeiter, die von unseren Genossen befragt wurden, und auch einer Diskussion zugänglich waren, gaben offen zu, daß sie mit dieser Hindenburg-Politik nicht einverstanden seien. Ebenso sind auch die parteilosen Arbeiter gegen diesen faschistischen Hindenburg-Aufruf, den ihr Oberbürgermeister als Vorsitzender und eine Reihe anderer SPD-Leute unterzeichneten. Dazu einige Beispiele:

Der SPD-Arbeiter H. aus Freital-Burg, der zur Zeit Wohlfahrtsempfänger ist und am eigenen Leibe die Diktaturmaßnahmen seines Parteigenossen Klimpel verspürt, erklärte: „Hindenburg kommt nicht in Frage, ich gehe mit der roten Einheitsfront!“

Das Vorstandsmitglied G. des Arbeiterturnvereins aus dem Stadtteil Virgigt erklärte unseren Genossen auf die Frage, wie er sich zu Klimpels Hindenburg-Aufruf stelle: „Die mögen machen, was sie wollen, für mich gibt's ja was nicht!“

Der in der C.-Straße wohnende W. E. erklärte auf dieselbe Frage: „Als Arbeiter kann ich Hindenburg nicht wählen, und was Klimpel macht, darüber wird er sich verantworten müssen!“

Der sich in guter Stellung befindliche SPD-Mann L. erklärte auf dieselben Fragen: „Hindenburg werde ich nicht wählen, das geht gegen meine Gesinnung!“

Der SPD-Funktionär J. erklärte: „Nicht Hindenburg kann und wird uns retten, sondern wir selbst müssen kämpfen.“

In der Diskussion mit dem erst kurz aus der SPD ausgestiegenen Arbeiter Sch. erklärte dieser: „Klmpel ist von jeder Nationalist und auch kein Parteifreund Scheinich, der bei uns Stadtrat ist. Wenn Klmpel jetzt mit Hindenburg Propaganda macht, so entspricht das seiner Gesinnung. Hätte ich die Partei nicht schon früher verlassen, so wäre ich jetzt, auf diesen Aufruf hin, ausgetreten. Ich erkenne immer mehr, daß nur die rote Einheitsfront und der Kandidat Ernst Thälmann für die Arbeiter in Frage kommt.“

Der parteilose Arbeiter H., der schon vor längerer Zeit die SPD verlassen hatte, sagte: „So wahr ich H. heiße, bei mir kann die „Eiserne Front“ mit Klmpel und Hindenburg zum Teufel gehen. Bei mir gilt nur Thälmann!“

Diese Aussprüche sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter zeigen, daß sie mit der Hindenburg-Politik der SPD nicht zu tun haben wollen. Besonders die SPD-Arbeiter sind in grenzenloser Empörung über dieses offene Eintreten ihrer Partei für den Kandidaten der Bourgeoisie, Hindenburg. Sie erklären offen, daß es nur eins für sie geben kann, und das ist der proletarische Klassenkandidat Ernst Thälmann.

Die SPD-Arbeiter dürfen jetzt aber nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Die Kandidatur Ernst Thälmann, das ist der Ausdruck des Kampfes der proletarischen Klasse gegen die Klasse der Bourgeoisie, mit der die SPD auf das engste verbunden ist.

Die SPD-Arbeiter müssen daraus ihre weiteren Konsequenzen ziehen, und das ist: Schaffung der Einheitsfront mit den parteilosen und kommunistischen Arbeitern in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Ortshöfen zum Kampf gegen alle Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!